

# Datenschutzhinweise und Informationen gemäß Artikel 13 und 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

## in Bezug auf die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Nutzung des EU-Binnenmarktinformationssystems (IMI)

### durch das Referat Sicherheit und Ordnung der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises

Die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises nutzt im Bereich der Sicherheit und Ordnung das EU-Binnenmarktinformationssystem (IMI) gemäß der IMI-Verordnung. Die IMI-Verordnung ermöglicht den Informationsaustausch und die Kommunikation zwischen Behörden der Mitgliedstaaten der EU und des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) über das Binnenmarktinformationssystem.

Es ist ein mehrsprachiges Online-Tool für die Verwaltungszusammenarbeit.

Der Kreisverwaltung dient und hilft dieses System bei der Bearbeitung eines Sachverhaltes, um länderübergreifende Informationen abzurufen bzw. einzustellen, insbesondere bei folgenden Aufgabengebieten:

- Transfer von scharfen Waffen in und vom Ausland von natürlichen Personen und / oder juristischen Personen des nicht öffentlichen Sektors
- Kauf (und Verkauf) von scharfen Waffen im Ausland und der damit verbundenen Verbringung vor allem ins Inland
- Umzüge und der damit verbundene Transfer scharfer Waffen in das Ausland oder vom Ausland ins Inland.
- das Informationssystem IMI dient im Wesentlichen als höhere Meldestelle und Informationsquelle über diese Vorgänge

Durch IMI können die zahlreichen jeweils zuständigen nationalen, regionalen und lokalen Behörden in den 27 EU-Staaten und den drei EWR-Staaten Island, Lichtenstein und Norwegen elektronisch miteinander kommunizieren. So können z.B. Zweifel an der Echtheit von Urkunden und sonstigen Nachweisen, die in einem anderen EU- oder EWR-Mitgliedstaat erstellt wurden, durch Nachfragen im ausstellenden Mitgliedstaat beseitigt und Anträge von Bürgerinnen und Bürgern sowie Unternehmen schneller bearbeitet werden.

Mittels IMI können die Behörden den jeweils zuständigen Ansprechpartner in einem anderen Land ermitteln und die konkret erforderlichen Informationen austauschen. IMI ist als Informationssystem primär auf den Austausch von Informationen mit begrenzter Speicherdauer zwischen den Behörden der EU- und EWR-Mitgliedstaaten angelegt. Die Kernaufgabe von IMI ist also, in allen EU-Sprachen den grenz- und sprachüberschreitenden Informationsaustausch zwischen Behörden zu erleichtern.

Die IMI-Verordnung bildet den Rechtsrahmen für das Online-Tool. Sie gibt Rechtssicherheit beim Umgang mit personenbezogenen Daten im IMI und ist eine wesentliche Voraussetzung für die verbindliche Anwendung datenschutzrechtlicher Grundsätze bei der Nutzung des IMI. Hierzu gehört beispielsweise der Zweckbindungsgrundsatz: Danach dürfen die an das IMI übermittelten personenbezogenen Daten nur für die Zwecke genutzt werden, für die sie übermittelt wurden (Art. 13 IMI-VO). Hinsichtlich der Speicherfristen von personenbezogenen Daten im IMI ist grundsätzlich vorgesehen, eine Sperrung vorzunehmen, sobald die Daten für die Zwecke, für die sie erhoben wurden, nicht mehr erforderlich sind (Art. 14 IMI-VO).

Der Datensicherheit wird eine hohe Bedeutung eingeräumt. Für die Gewährleistung und Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen ist die EU-Kommission zuständig (Art. 17 IMI-VO). Die datenschutzrechtlichen Betroffenenrechte, wie das Recht auf Information und Auskunft sowie das Recht auf Berichtigung und Löschung, finden sich in den Art.18 und 19 IMI-VO, die durch entsprechende Vorschriften der DSGVO ergänzt werden.

Im Rahmen der Abfrage und Meldung im System IMI, kann aber auch die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises bei Eingabe, Weiterverarbeitung Ihrer Angaben und Informationserteilung streckenweise Verantwortliche im Sinne der DSGVO sein.

Da auch für uns der Schutz von personenbezogenen Daten einen sehr hohen Stellenwert genießt, erfolgt die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten, für die die Kreisverwaltung Verantwortliche im Sinne der DSGVO ist, ausnahmslos im Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere gemäß der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO), des Landesdatenschutzgesetzes Rheinland-Pfalz (LDSG), des Bundesdatenschutzgesetzes (BDSG) und spezialgesetzlicher Regelungen, wie hier vor allem der IMI-Verordnung.

## **1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung**

---

Verantwortlich für die Verarbeitung der erhobenen, personenbezogenen Daten, soweit dies im Rahmen der IMI-Nutzung sich im Sinne der DSGVO ergibt, ist die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, vertreten durch den Landrat des Westerwaldkreises, Herrn Achim Schwickert  
Peter-Altmeier Platz 1, 56410 Montabaur  
Telefon: (+49)2602 124-0, Telefax: (+49)2602 124-238  
E-Mail: [kreisverwaltung@westerwaldkreis.de](mailto:kreisverwaltung@westerwaldkreis.de)  
Webseite: <https://www.westerwaldkreis.de>

## **2. Datenschutzbeauftragte**

---

Die behördliche Datenschutzbeauftragte der Kreisverwaltung erreichen Sie unter der Postanschrift: Datenschutzbeauftragte, Peter-Altmeier Platz 1, 56410 Montabaur oder unter folgender E-Mail Adresse: [datenschutz@westerwaldkreis.de](mailto:datenschutz@westerwaldkreis.de) sowie unter der Durchwahl Telefon: (+49)2602 124-792

Sie können sich bzgl. datenschutzrechtlicher Fragen gerne jederzeit an unsere behördliche Datenschutzbeauftragte wenden.

## **3. Verarbeitungszwecke**

---

Die Erhebung Ihrer personenbezogenen Daten ist notwendig, um, wie bereits in der Einleitung oben ausführlich dargestellt, z.B. bei IMI-Anfragen den Austausch von Informationen zwischen zwei zuständigen Behörden zu ermöglichen oder Vorgänge zu melden. Zudem ist es über die öffentlichen Schnittstellen möglich, das externe Nutzer mit den registrierten Behörden kommunizieren (indem sie etwa SOLVIT-Fälle oder EPC-Anträge einreichen oder das Portal für Straßenverkehr-Entsendemeldungen nutzen). Auch für diese Fälle können personenbezogene Daten von Ihnen durch uns verarbeitet werden.

Als Rechtsgrundlage dient dabei im Wesentlichen, da die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Wahrnehmung einer Aufgabe bzw. Bearbeitung, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt und erforderlich ist, Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e i.V.m. Art. 6 Abs. 3 Satz 1 Buchstabe b DSGVO in der Regel i.V.m. § 3 LDSG als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung. Darüber hinaus gelten jedoch auch die damit in Verbindung stehenden spezialgesetzlichen Regelungen, insbesondere hier die

- IMI-Verordnung
- und der DELEGIERTEN VERORDNUNG (EU) 2019/686 DER KOMMISSION vom 16. Januar 2019 zur Festlegung detaillierter Vorkehrungen gemäß Richtlinie 91/477/EWG des Rates für den systematischen elektronischen Austausch von Informationen im Zusammenhang mit der Verbringung von Feuerwaffen innerhalb der Union

## **4. Informationen zur Weiterverarbeitung und Übermittlung personenbezogener Daten**

---

### **- Datenkategorien und weitere Empfänger der Daten**

Um eine konkrete Aufgabenstellung bearbeiten zu können, werden verschiedene Kategorien an Daten (wie Stammdaten inkl. Kontaktdaten usw.) erhoben.

Ihre personenbezogenen Daten werden dann, soweit dies zur Bearbeitung jeweils erforderlich ist, folgendermaßen weiterverarbeitet und auch an andere, zuständige Stellen übermittelt:

## Datenkategorien

- Je nach Fallkonstellation können nachfolgende Datenkategorien erhoben und im Rahmen einer ggfls. weiter anfälligen Fallbearbeitung verarbeitet werden
  - Vollständiger Name einschließlich Titel und ggf. Geburtsname, Alias- sowie Künstlernamen
  - Geburtsdatum, u.a. zur Feststellung der Volljährigkeit und Geburtsort
  - Anschrift ggfls. Aufenthaltsort
  - Wohnort, zweiter bzw. weitere Wohnsitze, ggfls. Wohnsitz der letzten fünf Jahre
  - sonstige Erreichbarkeiten
  - ggfls. Familienstand
  - Staatsangehörigkeit
  - ggfls. Geschlecht bzw. geschlechtliche Identifikation
  - Erreichbarkeiten (Telefon / E-Mail)
  - zuzuordnende Waffen, mit Erkennungsmerkmalen, Waffenscheine, Europäischer-Waffenpass usw., Eigentum bzw. Besitzverhältnisse

### **Ggfls. im Rahmen der Meldung von Vorgängen oder bei weiterer Fallbearbeitung**

- physische Merkmale (gesundheitliche Einschränkungen)
- psychische Erkrankungen, Labilität und / oder Debilität
- Abhängigkeit von Alkohol oder anderen berauschenden Mitteln
- weitere Angaben zur persönlichen Zuverlässigkeit
- beschränkte oder fehlende Geschäftsfähigkeit
- Daten aus einem deutschen Jagdschein (auch Anträge, frühere Erteilung und Nichtgewährung usw.)
- Daten aus dem Zeugnis über eine Jägerprüfung
- Daten aus einer Bescheinigung einer unteren Jagdbehörde über eine bisherige Jagdscheinerteilung
- ggfls. Daten aus einem Zeugnis nach Landesjagdgesetz (LJG) bzw. eines Nachweises gemäß § 1 ff. LJVO
- ggfls. ein Lichtbild
- ggfls. Daten bzgl. des Nachweises über eine abgeschlossene gesetzliche Jagdhaftpflichtversicherung
- Daten aus einem Personalausweisdokument oder Reisepasses zur Identitätsfeststellung
- anhängige Strafverfahren
- Vorstrafen
- Nicht-Mitglied in einem Verein der unanfechtbar verboten wurde oder deren Ausübung eines unanfechtbaren Betätigungsverbots unterliegt
- Nicht-Mitglied in einer Partei, deren Verfassungswidrigkeit vom Bundesverfassungsgericht festgestellt wurde
- Ggfls. innerhalb der letzten 5 Jahre nicht mehr als einmal aufgrund einer richterlichen Verfügung zur Gewaltprävention in polizeilichem Präventivgewahrsam gewesen
- Sonstige Angaben zum Nachweis der Vertrauenswürdigkeit

In der Regel werden weitere Nachweise und Datenkategorien, je nach Fallkonstellation und Rechtsgrundlage benötigt oder weniger Angaben bei einer bloßen Anfrage oder Auskunftserteilung. Die Auflistung der hier dargelegten Datenkategorien und Erhebung personenbezogener Daten ist daher in den meisten Fällen nicht abschließend.

## weitere Empfänger der Daten

- **gemäß der IMI-Verordnung: EU-Kommission und deren Dienstleister**
- **gemäß der IMI-Verordnung: Austausch mit einer weiteren zuständigen Behörde im EU-Binnenmarkt**

**Ggfls. weitere Datenempfänger (je nach Fallkonstellation, Weiterverarbeitung der Information und Legitimation):**

- Einwohnermeldeamt
- Kassen- und Steueramt
- Bundeszentralregister
- Staatsanwaltschaftliches Verfahrensregister
- Polizei der Länder und des Bundes, sowie örtliche
- Verfassungsschutzbehörden
- Zollbehörde
- Waffenbehörden
- Amts- und Staatsanwaltschaften
- zentrales staatsanwaltliches Verfahrensregister
- weitere öffentliche Stellen, soweit sich im weiteren Verfahren ergibt, dass eine Weiterleitung der personenbezogenen Daten nach den geltenden Rechtsvorschriften erforderlich und zulässig ist

## **5. Datenschutzrechtliche Legitimation - Rechtsgrundlagen für die Verarbeitung**

---

Vorrangig:

Ist die Verarbeitung zur Wahrnehmung einer Aufgabe bzw. Bearbeitung, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, erforderlich, so dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe e i.V.m. Art. 6 Abs. 3 Satz 1 Buchstabe b DSGVO i.V.m. § 3 LDSG als Rechtsgrundlage für die Verarbeitung. Darüber hinaus gelten die damit in Verbindung stehenden spezialgesetzlichen Regelungen insbesondere hier die IMI-Verordnung.

Soweit eine Verarbeitung personenbezogener Daten zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung erforderlich ist, der die Kreisverwaltung unterliegt, dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe c i.V.m. Art. 6 Abs. 3 Satz 1 Buchstabe b DSGVO i.V.m. § 3 LDSG als Rechtsgrundlage und/oder unter Einbezug der IMI-Verordnung der EU.

Für den Fall, dass lebenswichtige Interessen der betroffenen Person oder einer anderen natürlichen Person eine Verarbeitung personenbezogener Daten erforderlich machen, dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe d DSGVO als Rechtsgrundlage

Soweit die Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten auf eine Einwilligung der betroffenen Person gestützt werden, dient Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe a Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) als Rechtsgrundlage.

Rechtsgrundlage bei Bearbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten ist Art. 9 Abs.2 Buchstabe a) - j) DSGVO i.V.m. Art.9 Abs. 3 und 4 DSGVO, soweit besondere Kategorien personenbezogener Daten verarbeitet werden, zum Zwecke der Erfüllung des fachspezifischen Aufgabenkatalogs.

## **6. Auftragsverarbeiter**

---

Bedienen wir uns eines Auftragsverarbeiters (z.B. Scandienstleister, IT-Dienstleister), also jemanden, der in unserem Auftrag als Dienstleister für uns Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet (z.B. einscannen, Verarbeitung in Softwarelösungen von Dienstleistern usw.), so schließen wir mit unseren Dienstleistern einen Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art.28 Abs.3 DSGVO ab. Damit verpflichten wir unsere Dienstleister zur Datenschutzkonformität und uneingeschränkten Anerkennung und Ausführung der Datenschutzgrundverordnung und weiterführender Gesetze und Verordnungen bei Erfüllung der dem Dienstleister übertragenen Aufgaben. Dies unter ergänzender Berücksichtigung und Verpflichtung bei der Verarbeitung besonderer Kategorien personenbezogener Daten, im Sinne des Art.9 Abs.2 Buchstabe a) bis j) DSGVO.

Bezüglich des IMI- EU-Binnenmarktinformationssystems (IMI) ergeben sich ggfls. weitere datenschutzrechtliche (Allein-)Verantwortlichkeiten der EU-Kommission hinsichtlich der Nutzung und der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Portal (Informationstool), die im Portal im Rahmen einer Datenschutzerklärung beschrieben und hinterlegt sind. Bitte bedenken Sie, dass wir nicht die verantwortliche Stelle (Betreiber) für das EU-Binnenmarktinformationssystems (IMI) sind, sondern die EU-Kommission. Wir können nur verantwortlich sein, für die von uns abgerufenen, erhobenen oder in sonstiger Weise zur Verfügung gestellten Informationen und personenbezogenen Daten, die wir in unserer datenschutzrechtlichen Verantwortung bei uns verantwortlich verarbeiten.

## **7. Speicherdauer**

Ihre Daten werden nach der Erhebung und ggf. Weiterleitung so lange gespeichert, wie dies unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsbestimmungen des Bundes und der Länder für die jeweilige Aufgabenerfüllung erforderlich ist. Die Speicherdauer kann dann bis zu 30 Jahre gemäß z.B. des WaffnG betragen, soweit das WaffnG zur Anwendung kommen sollte, bevor die Daten endgültig gelöscht werden, soweit keine weiteren gesetzlichen Gründe dagegensprechen. Die Löschfristen innerhalb des Portals sind vom Portalbetreiber des IMI, der EU-Kommission, voreingestellt und dort zu entnehmen.

## **8. Kategorien personenbezogener Daten**

Die Kreisverwaltung verarbeitet neben personenbezogenen Daten im Sinne des Art. 5 der DSGVO auch ggfls. besondere Kategorien personenbezogener Daten von Ihnen, wie z.B. sensible Gesundheitsdaten entsprechend der Kategorisierung des Art. 9 DSGVO. Die Verarbeitung findet statt, soweit dies zur konkreten, übertragenen Aufgabenerfüllung gemäß Art.9 Abs.2 Buchstabe a)-j) DSGVO notwendig und gesetzlich legitimiert ist.

## **9. Betroffenenrechte**

Werden personenbezogene Daten von Ihnen verarbeitet, sind Sie Betroffener i.S.d. DSGVO und es stehen Ihnen folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen (Kontaktaten der Verantwortlichen, der Kreisverwaltung des Westerwaldkreises, siehe Ziffer 1 dieses Datenschutzhinweises) zu, soweit die datenschutzrechtliche Verantwortlichkeit der Kreisverwaltung obliegt und die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen und keine höher-rangigen, gesetzlich legitimierten Gründe (wie z.B. Gefahrenabwehr, personenbezogene Daten Dritter, missbräuchliche Ausübung usw.) dagegensprechen:

### **9.1 Auskunftsrecht**

Sie können von dem Verantwortlichen eine Bestätigung darüber verlangen, ob personenbezogene Daten, die Sie betreffen, verarbeitet werden. Liegt eine solche Verarbeitung vor, können Sie von dem Verantwortlichen über folgende Informationen Auskunft verlangen:

- (1) die Zwecke, zu denen die personenbezogenen Daten verarbeitet werden;
- (2) die Kategorien von personenbezogenen Daten, welche verarbeitet werden;
- (3) die Empfänger bzw. die Kategorien von Empfängern, gegenüber denen die Sie betreffenden personenbezogenen Daten offengelegt wurden oder noch offengelegt werden;
- (4) die geplante Dauer der Speicherung der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten oder, falls konkrete Angaben hierzu nicht möglich sind, Kriterien für die Festlegung der Speicherdauer;
- (5) das Bestehen eines Rechts auf Berichtigung oder Löschung der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten, eines Rechts auf Einschränkung der Verarbeitung durch den Verantwortlichen oder eines Widerspruchsrechts gegen diese Verarbeitung;
- (6) das Bestehen eines Beschwerderechts bei einer Aufsichtsbehörde;
- (7) alle verfügbaren Informationen über die Herkunft der Daten, wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben werden;

- (8) Auskunft darüber, ob eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 DSGVO stattfindet. Im Falle des Art. 22 Abs. 1 und 4 DSGVO – zumindest in diesen Fällen – aussagekräftige Informationen über die involvierte Logik sowie die Tragweite und die angestrebten Auswirkungen einer derartigen Verarbeitung für die betroffene Person;
- (9) Ihnen steht außerdem das Recht zu, Auskunft darüber zu verlangen, ob die Sie betreffenden personenbezogenen Daten ggfls. in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt werden. In diesem Zusammenhang können Sie verlangen, über die geeigneten Garantien gem. Art. 46 DSGVO im Zusammenhang mit der Übermittlung unterrichtet zu werden.

## **9.2 Recht auf Berichtigung**

Sie haben ein Recht auf Berichtigung und/oder Vervollständigung gegenüber dem Verantwortlichen, sofern die verarbeiteten personenbezogenen Daten, die Sie betreffen, unrichtig oder unvollständig sind.

## **9.3 Recht auf Einschränkung der Verarbeitung**

Unter den folgenden Voraussetzungen können Sie die Einschränkung der Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten verlangen:

- (1) wenn Sie die Richtigkeit der Sie betreffenden, personenbezogenen Daten bestreiten: für eine Dauer, die es dem Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
- (2) wenn die Verarbeitung unrechtmäßig ist und Sie die Löschung der personenbezogenen Daten ablehnen und stattdessen die Einschränkung der Nutzung der personenbezogenen Daten verlangen;
- (3) wenn der Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht länger benötigt, Sie diese jedoch zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigen, oder
- (4) wenn Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO eingelegt haben und noch nicht feststeht, ob die berechtigten Gründe des Verantwortlichen gegenüber Ihren Gründen überwiegen.

---

Wurde die Verarbeitung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten eingeschränkt, dürfen diese Daten – von ihrer Speicherung abgesehen – nur mit Ihrer Einwilligung oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.

Wurde die Einschränkung der Verarbeitung nach den o.g. Voraussetzungen eingeschränkt, werden Sie von dem Verantwortlichen unterrichtet, bevor die Einschränkung aufgehoben wird.

## **9.4 Recht auf Übertragbarkeit der Daten**

Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen können Sie vom Verantwortlichen verlangen, die Sie betreffenden und von Ihnen bereitgestellten, personenbezogenen Daten zu erhalten und diese Daten in den in Art. 20 Abs. 1 Buchstabe a und Buchstabe b DSGVO benannten Fällen, einem anderen Verantwortlichen übermitteln zu lassen.

## **9.5 Recht auf Löschung**

### **a) Löschungspflicht**

Sie können von dem Verantwortlichen verlangen, dass die Sie betreffenden personenbezogenen Daten unverzüglich gelöscht werden, und der Verantwortliche ist verpflichtet, diese Daten unverzüglich zu löschen, sofern einer der folgenden Gründe zutrifft:

- (1) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten sind für die Zwecke, für die sie erhoben oder auf sonstige Weise verarbeitet wurden, nicht mehr notwendig.
- (2) Sie widerrufen Ihre Einwilligung, auf die sich die Verarbeitung gem. Art. 6 Abs. 1 Satz 1 Buchstabe a oder Art. 9 Abs. 2 Buchstabe a DSGVO stützte, und es fehlt an einer anderweitigen Rechtsgrundlage für die Verarbeitung

- 
- (3) Sie legen gem. Art. 21 Abs. 1 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder Sie legen gemäß Art. 21 Abs. 2 DSGVO Widerspruch gegen die Verarbeitung ein
  - (4) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden unrechtmäßig verarbeitet
  - (5) die Löschung der Sie betreffenden personenbezogenen Daten ist zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten erforderlich, dem der Verantwortliche unterliegt
  - (6) die Sie betreffenden personenbezogenen Daten wurden in Bezug auf angebotene Dienste der Informationsgesellschaft gemäß Art. 8 Abs. 1 DSGVO erhoben.
- 

#### **b) Ausnahmen zum Recht auf Löschung**

Eine Löschung Ihrer personenbezogenen Daten kann nicht stattfinden, soweit die Verarbeitung der Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung dient, die die Verarbeitung nach dem Recht der Union oder der Mitgliedstaaten, dem der Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

Ebenso aus Gründen des öffentlichen Interesses in Fällen gemäß Art. 9 Abs. 2 Buchstabe h und i (z.B. u.a. die öffentliche Gesundheit) sowie Art. 9 Abs. 3 DSGVO; bzw. für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke, wissenschaftliche oder historische Forschungszwecke oder für statistische Zwecke gem. Art. 89 Abs. 1 DSGVO, soweit das unter Ziffer 9.5 a) genannte Recht voraussichtlich die Verwirklichung der Ziele dieser Verarbeitung unmöglich macht oder ernsthaft beeinträchtigt, oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

#### **9.6 Widerspruchsrecht gegen die Verarbeitung**

Sie als betroffene Person haben das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Sie betreffender, personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e oder f DSGVO erfolgt, Widerspruch einzulegen, Art. 21 DSGVO; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten dann nicht mehr, es sei denn, es liegen zwingende, schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung vor, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

---

### **10. Widerruf der Einwilligung**

Werden Daten auf der Grundlage einer Einwilligung des Betroffenen verarbeitet, kann die Einwilligung jederzeit ohne Angabe von Gründen mit Wirkung für die Zukunft widerrufen werden. Die bis zum Widerruf erfolgte Verarbeitung bleibt davon unberührt.

### **11. Beschwerderecht**

Sind Sie der Meinung Ihre personenbezogenen Daten werden nicht ordnungsgemäß vom Verantwortlichen verarbeitet oder Ihren Betroffenenrechte werden nicht genügend Abhilfe geleistet, so steht Ihnen uneingeschränkt die Beschwerde bei einer Datenschutzaufsichtsbehörde zu. Sie, als betroffene Person, haben in diesem Fall die Möglichkeit, sich an den Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit in Mainz, mittels folgender Kontaktalternativen, direkt zu wenden:

#### *Postanschrift*

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Postfach 30 40  
55020 Mainz

#### *Besucheradresse*

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz  
Hintere Bleiche 34  
55116 Mainz

Telefon: +49 (0) 6131 8920-0, Telefax: +49 (0)6131 8920-299,

E-Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)

## **12. Mitwirkungspflichten, Auskunftspflichten und Folgen der Nichtbeachtung**

Aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen ergeben sich aber auch für Sie, als betroffene Person oder für Sie, als gesetzlicher Vertreter einer betroffenen Person, unter Umständen Mitwirkungspflichten. Das bedeutet, dass die betroffene Person alle Tatsachen angeben muss, ebenso Änderungen in den persönlichen Verhältnissen, die Auswirkungen auf die spezialgesetzliche Würdigung und Bearbeitung des Einzelfalles haben können. Die Mitwirkungspflichten gelten auch im Rahmen von ggfls. Vermittlungsleistungen. Zu den Mitwirkungspflichten zählen auch die Vorlage von entscheidungsrelevanten Unterlagen, die Zustimmung zur Auskunftseinholung bei Dritten, ggfls. das persönliche Erscheinen, soweit dies zur Bearbeitung nötig ist. Im Falle der Nichtbeachtung können Nachteile bzw. Sanktionen entstehen, da eine Bearbeitung ggfls. dann nicht mehr möglich ist und/oder aufgrund fehlender oder fehlerhafter Informationen Entscheidungen abweichend vom tatsächlichen Sachverhalt getroffen werden.

## **13. automatisierter Abgleich**

Im Rahmen bestimmter Leistungen können persönliche Daten mit den sonstigen ermittelten Daten automatisiert abgeglichen werden, um so eine passgenaue Bearbeitung oder Informationserteilung zu ermöglichen, dies nur, wenn es gesetzlich und fall- sowie zweckbezogen legitimiert ist. Insbesondere wird ggfls. das automatisierte Abgleichsverfahren des EU-Binnenmarktinformationssystems (IMI) genutzt.

## **14. automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling gemäß Art. 22 Abs.1, 4 DSGVO**

Ihre personenbezogenen Daten werden (soweit dies in der Verantwortung der Kreisverwaltung liegt) nicht für eine automatisierte Entscheidungsfindung einschließlich Profiling genutzt (Art. 13 Abs. 2 Buchstabe f DSGVO).

## **15. Zweckänderung**

Die Verwendung personenbezogener Daten zu anderen Zwecken als dem Erhebungszweck ist nur im Rahmen der unter Ziffer 3 genannten Verarbeitungszwecke zulässig und sofern der neue Zweck mit dem Erhebungszweck kompatibel ist.

## **16. Übermittlung an ein Drittland oder eine internationale Organisation**

Eine Übermittlung an Drittländer oder internationale Organisationen findet auf Grundlage von Art. 13 Abs. 1 Buchstabe f DSGVO seitens der Kreisverwaltung für andere Verwaltungstätigkeiten in der Regel nicht statt. Das EU-Binnenmarktinformationssystems (IMI) ist allerdings abweichend davon genau für diese Fälle konsolidiert. Diese Abweichung wird durch die IMI-Verordnung legitimiert. Darüber wird der Betroffene entsprechend auch durch diesen Datenschutzhinweis informiert.

## **17. Weitere Informationen**

Weitergehende Informationen entnehmen Sie bitte unserer Webseite bzw. der Datenschutzerklärung und dem Impressum auf unserer Webseite <https://www.westerwaldkreis.de>

Dort erhalten Sie auch Informationen zur sicheren, elektronischen Kommunikation mit der Kreisverwaltung und zum Hinweisgeberschutz.

## **18. Aktualisierung der Datenschutzhinweise**

Gelegentlich ist es notwendig fachspezifische Datenschutzhinweise der aktuellen Gesetzeslage oder Rechtsprechung anzupassen. Auf unserer Homepage des Westerwaldkreises ist jeweils die aktuellste Version hinterlegt und kann dort als PDF heruntergeladen werden.